

Anträge der CDU Gemeinderatsfraktion Haushalt 2008/2009

I. Deckungsanträge

	2008	2009
1. Sanierung Frankenstadion Streichung Barmittel 2009 dafür VE für das Jahr 2010 500.000,-		500.000,-
2. Grundstückserlöser Containerhafen	1.900.000,-	
3. Streichung Agendabüro (S. 357)	44.000,-	
4. Streichung Neckarvergnügen 2009	59.000,-	
5. Einsparungen werden sich im Personalbereich aus Effekten der Arbeitszeitflexibilisierung und der realen Verzögerung bei der Besetzung von Stellen, wie sie immer auftreten, ergeben	400.000,-	400.000,-
6. Globale Minderausgaben aus Sachkosten	500.000,-	500.000,-
Gesamt 2008/2009	4.303.000,-	

Sperrvermerke

	2008	2009
1. Sperrvermerk Planungsrate Feuerwehr Klingenberg	30.000,-	
2. Sperrvermerk Planung Verlegung Kranenstraße	350.000,-	
Gesamtsumme Sperrvermerke	380.000,-	

II. Finanzanträge

	2008	2009
1. Aufhebung der Wiederbesetzungssperre	900.000,-	900.000,-
2. Bildung eines „Klimaschutzfond“ in Höhe von 1.000.000,- Die Einsparungen an Energiekosten fließen 5 Jahre lang in den Fonds zurück. + Selbstverpflichtung bei höheren Gewerbesteuerereinnahmen bis zu 1 Mio	500.000,-	500.000,-
3. Stiftungsprofessur Gastronomie an der Hochschule HN unter der Voraussetzung, dass alle betriebswirtschaftlichen Studiengänge in Heilbronn bleiben	65.000,-	65.000,-
4. Innenstadt:		
a) Innenstadtentwicklung: Parkierungskonzept	50.000,-	
b) Innenstadtentwicklung: Grunderwerb		500.000,-
c) Musikpavillon Stadtgarten abreißen und Flächen in den Stadtgarten integrieren in 2008	50.000,-	
d) Uferweg am Heilbronner Innovationspark von Gestrüpp befreien	200.000,-	
e) Beleuchtung Hagenbuchersee	20.000,-	
f) Zuschuss Weihnachtsbeleuchtung an Stadtinitiative einmalig	35.000,-	
g) Erhalt der ½ Stelle bei der Stadtinitiative (H. Baasch) – vorbehaltlich Co-Finanzierung	20.000,-	20.000,-
5. Stadtteile:		
a) <u>Böckingen:</u> - Ziegeleipark Böckingen Planungsrate für Kiosk	20.000,-	
b) <u>Biberach:</u>		

	- Schulhofgestaltung Biberach	10.000,-	
c)	<u>Frankenbach:</u> - Planungstitel Gemeindehalle	30.000,-	
d)	<u>Horkheim:</u> - Ausstattung der Stauwehrhalle mit einem Beamer	5.000,-	
e)	<u>Kirchhausen:</u> - Windschutz für den Friedhof in Kirchhausen - Sanierung des Wimpfener Wegs	10.000,- 30.000,-	
6.	Schulen, Vereine, Verbände		
a)	Gewerbeschule Dach Block F im Sammelnachweis 50000	250.000,-	
b)	Kühlraum für Pestalozzi-Schule	10.000,-	
c)	Planungsrate Planetarium RMG	10.000,-	
d)	Heilbronner Sinfonie Orchester	14.000,-	14.000,-
e)	Bund der Vertriebenen	1.000,-	1.000,-
f)	Unterstützung für Sputnik e.V.)	1.000,-	1.000,-
Gesamt 2008/2009		4.232.000,-	

III. Prüfungsanträge

1. Die Verwaltung prüft weitere Maßnahmen, die den Verkehrsfluss verbessern helfen, insbesondere auch die weitere Optimierung der Ampelschaltung. Jede Unterbrechung der „Grünen Welle“ und jeder Stau trägt zur Produktion von Feinstaub und CO₂ bei. Als Maßnahme aktiven Klimaschutzes werden die Ampelschaltungen überprüft und weitere „grüne Pfeile“ installiert. Beispielsweise Ecke Bismarckstr./Friedhofstraße.
2. Die Verwaltung erarbeitet eine Klimaschutzkonzeption mit breiter Beteiligung der Bevölkerung. Ziel muss es sein, das Thema Klimaschutz über den direkten Einflussbereich der Stadt auch von anderen Institutionen, Firmen und von privater Seite nachhaltig zu unterstützen.
3. Die Verwaltung stellt die tatsächlichen Einsparungen dar, die durch die Privatisierung des Reinigungsdienstes entstanden sind sowie die Auswirkungen auf die Reinheitsstandards. Darüber hinaus wird den zuständigen Gremien eine Einschätzung für die nächsten zwei Jahre gegeben.
4. Die Verwaltung bezieht in die Kontrollen des Straßennetzes die Feld- und Weinbergwege mit einer mind. Jährlichen Begehung mit ein und kontrolliert dabei auch den tatsächlichen „Lichtraum“ dieser Straßen. Auf die Einhaltung der Mindestbreiten und –höhen wird mit geeigneten Maßnahmen eingewirkt.
5. Die Verwaltung reduziert die Einsätze zur Geschwindigkeitsüberwachung und dem ruhenden Verkehr und verstärkt dafür die Streifengänge in der Innenstadt. Hier soll in der Größenordnung von 2 Stellen der frühere Personaleinsatz wieder gewährleistet werden.
6. Die Verwaltung erarbeitet einen Standortvorschlag für ein Open-Air-Gelände.
7. Die Verwaltung prüft die Auflage eines Sanierungsgebiets in Böckingen Süd „Soziale Stadt“
8. Die Verwaltung prüft die Realisierung des Bewegungszentrums für die TG Böckingen auf einem geeigneten Standort.
9. Die Verwaltung passt die Einkommensgrenzen des Wohnungsbauförder-Programms an die aktuelle Lage an.
10. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit der Ansiedlung eines Autohofes, um illegale LKW Parkstände in der Stadt zu reduzieren.

11. Die Verwaltung prüft die Verlegung des Busbahnhofes Karlstraße auf das ehemalige RBS Gelände.
12. Die Verwaltung ermöglicht jedem Heilbronner eine sog. Lifelong-Mailadresse: Vorname.Nachname@heilbronn.de. Beispielsweise auf Antrag oder/ und ab dem 07. Lebensjahr.
13. Die Verwaltung nimmt erneut Kontakt zur ENBW hinsichtlich szenarischer Beleuchtung des Kraftwerkes auf. Die Beleuchtung sollte sich am Beispiel Düsseldorf orientieren.
14. Die Verwaltung regt beim HNV an die Fahrpläne per sms (analog Karlsruhe) abrufbar zu machen.
15. Die Verwaltung prüft, ob eine Verlegung oder Umnutzung der Solartankstelle bspw. zur Versorgung der Solarboote der Aufbaugilde in Frage kommt. Die derzeitige „Nicht-Nutzung“ ist inakzeptabel.
16. Die Verwaltung plant die Einführung von Mülleimern mit Ascher. Ggf. in Zusammenarbeit mit Bürgerstiftung.
17. Die Verwaltung prüft, ob Teile der früheren Mülldeponie am Wartberg sich für eine Kfz-Teststrecke für Audi eignen.
18. Die Verwaltung prüft die Wirksamkeit von Videoüberwachungen an Containerstandorten.
19. Die Verwaltung strebt eine Veränderung der Werbesatzung im Einvernehmen mit dem DEHOGA an: Flyer werden bei Events nicht geduldet, dafür aber die freien Flächen für Plakatwerbung erweitert.
20. Die Verwaltung prüft die Kosten der Sanierung des Böckinger Bürgerhauses.
21. Die Verwaltung tritt in einen von vorne herein zeitlich befristeten Prozess der Qualifizierung für Kinder und Familien in Form einer „Kinderagenda“ ein.
22. Die Verwaltung prüft die Kosten, sowie die Förderfähigkeit der Verlegung der Kranenstraße vor der Eröffnung des Science Centers.
23. Ein schwimmender Pool analog Frankfurt oder Wien wird alternativ vor dem Hallenbad und dem Freibad Neckarhalde geprüft. Ggf. Ausprägung als City-Beach und Vermietung an Private.
24. Die Verwaltung erstellt eine Planung Altstadt West (Untere Neckarstraße) mit dem Ziel das Wohnen in der Innenstadt für neue Zielgruppen attraktiv zu machen: barrierefreie Wohnungen, aber auch junge Zielgruppen, beispielweise Studenten, in der unmittelbaren Nähe zur Gastromeile.
25. Die Verwaltung sieht von der bisherigen Praxis der Abschnittweisen Realisierung der Radwege ab und vergibt die Maßnahmen als Ganzes zur Kostenreduktion.
26. Die Verwaltung prüft den Ausbau der Bottwarbahntrasse als Radweg.
27. Die Verwaltung prüft mit dem späteren Masterplanbeauftragten, ob eine Verlegung der Kalistraße hochwertiges Wohnen am Neckar ermöglichen kann.
28. Die Verwaltung setzt den Kreisverkehr Besigheimer Straße/ Rosenbergstraße auf der Prioritätenliste auf Platz 1.
29. Die Verwaltung prüft die Einführung der Tempo 30 Zone in der Schlizstraße, von der Richard-Becker-Str. bis zur Pfühlstr. täglich durchgängig.
30. Verkehrssicherheit Weinsberger Sattel: zur Entschärfung des Unfallschwerpunktes wird eine kreuzungsfreie Querung für landwirtschaftliche Fahrzeuge angestrebt. Die Geschwindigkeitskontrollen werden intensiviert.
31. Die Verwaltung prüft, ob hinsichtlich Zehentgasse die Parallelstraße im Bereich der Gaststätte auf Kosten des Hauseigentümers entfernt werden kann.
32. Die Verwaltung prüft ein weiteres Parkhaus für den Standort Hauptbahnhof.

33. Die Forderung des NABU im Bereich des Wasserkraftwerks eine taugliche Fischtreppe einzurichten wird geprüft und die Kosten ermittelt.
34. Die Verwaltung macht Vorschläge für die Realisierung von „Gastboot-Anlegestellen“ am Neckar.
35. Die Verwaltung prüft, ob in der Hafenmarkt Passage westlich die Stufen und östlich die Rolltreppenabgänge beseitigt werden können.
36. Die Verwaltung prüft, ob dem Wunsch vieler Auslands-Heilbronner nach Zusendung des Jahreskalender des Verkehrsvereins entsprochen werden kann.
37. Hausrecht bei öffentlichen Plätzen / Vermietung von öffentlichen Flächen in der Innenstadt zum Zwecke der Ausübung des Hausrechts wird geprüft.
38. Die Verwaltung initiiert eine Auflage der „gelben Seiten für Kinder“ im Internet.
39. Die Brückengeländer der Neckartalstraße werden zunächst testweise auf ein Jahr für Veranstaltungen auch zur Vermietung an Private freigegeben.
40. Die Verwaltung prüft den Ausstieg aus der WFG und Konzentration auf eigene Wirtschaftsförderung.
41. Die Verwaltung prüft, ob die Werbesatzung in der gesamten Kaiserstraße gilt oder ggf. ausgeweitet werden muss. Z.B. Firmen wie Demi vital und Tabin.
42. Die Verwaltung prüft, ob für die Stadtbahn zeitaktuelle Anzeigetafeln eingeführt werden können. Die sog. dynamischen Fahrplananzeigen sollten dann auch beispielsweise im Science Center oder im ECE installiert werden.
43. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit die Umkleidekabine der ersten Mannschaft des FC Heilbronn diesem zur alleinigen Nutzung zu überlassen, damit dort beispielsweise eigene Kühlschränke aufgestellt werden können.
44. Die Verwaltung prüft den Ausbau weiterer Modellkindergärten nach dem Beispiel Bibersteige.
45. Die Verwaltung prüft eine Umschichtung einer ½ Stelle aus dem Personalbereich Jugendhaus für die Gustav-von-Schmoller Schule.
46. Die Verwaltung setzt sich für gesunde Getränke bei der Schulverpflegung ein und wirkt auf eine Streichung des Angebots von stark zuckerhaltigen Limonaden hin.
47. Die Verwaltung prüft, ob das ehemalige Taxisgelände in Horkheim als Wohngebiet eignet.
48. Die Verwaltung erarbeitet mit dem Verein Abenteuerspielplätze Heilbronn e.V. (ASPIK-Heilbronn) eine Konzeption für einen Abenteuerspielplatz
49. Die Verwaltung prüft im Zusammenhang mit der Entwicklung an der Viehweide die Umwandlung des Hartplatzes der Union Böckingen in ein Kunstrasenfeld.
50. Die Verwaltung erarbeitet eine Konzeption für das Ehrenamt vergleichbar dem Modell in Augsburg.
51. Die Verwaltung erstellt ein Konzept „Frühwarnsystem für Risiko-Kinder“, das Kinder in kritischem sozialem Umfeld vor Vernachlässigung und Gewalt schützen hilft.
52. Die Vermietungsmöglichkeit von ungenutzten Grundstücken im Bereich Media-Markt/Hipp zur Nutzung als Parkierung wird geprüft.
53. Die Verwaltung prüft die Erstellung eines Kreisverkehrs im Bereich Paul-Goebelstr. / Orthstr. (Autohaus am Wartberg).
54. Die Verwaltung prüft die Zusammenlegung des Forst-, Gesundheits- und Veterinärämtes von Stadt- und Landkreis.
55. Die Verwaltung prüft die Umgestaltung des Kurvenbereiches der Rolandstr./Hirschstr. zur Spielstraße.